Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 178. Sonnabend, 2. August 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht her Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Staatspartei oder nationaler Block?

Von Johannes Dieckmann, dem Führer der sächsischen **Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler** und früheren Landtagsabgeordneten, wird uns der folgende Aufsatz zur Verfügung gestellt, der die Stellungnahme nicht nur der jungvolksparteilichen, sondern wohl der führenden anderen Kreise der Partei zu der Frage der Parteiensammlung wiedergibt.

Am Montag dieser Woche hat sich die politische Oeffentlichkeit von der Gründung einer „Deutschen Staatspartei" überraschen lassen. Für denjenigen, der die Parteienbewegung der jüngeren Zeit genauer beobachten konnte, ist diese Parteineugründung keineswegs überraschend gekommen. Sie lag seit längerer Zeit in der Luft. Zweifelhaft konnte nur sein, **wann** der eigentliche Führer der neuen Gruppe, als der allein **Mahraun** vom Jungdeutschen Orden anzusprechen ist, den psychologischen Augenblick zum Losschlagen für gekommen hielt. Nach der Konsolidierung der neuen konservativen Gruppe hat Mahraun nunmehr den Beginn des Reichstagswahlkampfes hierfür gewählt.

Die Gründung dieser neuen Partei steht in engster Verbindung mit dem Ergebnis der **Sachsenwahlen** vom 22. Juni dieses Jahres. Hier hatte Mahraun bekanntlich zum ersten Male den Versuch gemacht, in Abweichung von der antiparlamentarischen Richtlinie seines bekannten jungdeutschen Manifestes die Organisation des zur Volksnationalen Reichsvereinigung umgebildeten **Jungdeutschen Ordens als Partei aufmarschieren** zu lassen. Das Ergebnis dieses Versuches war, daß es der neuen Partei Mahrauns nur in einem einzigen sächsischen Wahlkreis gelang (in Dresden), ein Mandat zu gewinnen, während die Volksnationale Stimmenzahl in den beiden anderen sächsischen Wahlkreisen sich nur auf einige tausend Stimmen belief. Durch die eigenartigen Bestimmungen des sächsischen Wahlrechts hat dann die neue Partei im Verrechnungswege noch ein zweites Mandat erhalten, obgleich ihre Gesamtstimmenzahl nicht einmal für anderthalb Mandate ausreichte. Damit war erwiesen, daß die Volksnationale Reichsvereinigung **als selbständige Partei in einem Reichstagswahlkampfe völlig ausfallen würde**, da sie in keinem einzigen Wahlkreise auch nur annähernd die Stimmenzahl für ein Reichstagsmandat aufgebracht haben würde. Mahraun mußte infolgedessen von diesem Augenblick an sein Bestreben darauf richten, durch **Anschluß** an eine andere, zahlenmäßig bedeutendere Gruppe bessere Voraussetzungen für sein parteimäßiges Eingreifen in die Politik zu schaffen.

Hierbei kam ihm seit geraumer Zeit die Neigung geistig führender Kreise der **Demokraten** entgegen, das Firmenschild der Demokratischen Partei zu ändern und die Hauptkräfte der Demokratischen Partei in einer nach außen hin gewandelten politischen Form einzusetzen. Die Beziehungen der Männer, die sich jetzt zu der neuen Partei zusammengefunden haben, sind schon älteren Datums. Insbesondere hatte Reichsminister **Dietrich** schon seit Jahr und Tag enge Verbindungen mit den führenden Männern des Jungdeutschen Ordens unterhalten, so daß ein auch organisatorisches Zusammengehen der von Dietrich geführten Gruppe der Demokraten und mit der Gruppe um Mahraun seit längerem nur noch eine Frage der Zeit war. Nunmehr haben Dietrich-Koch und Mahraun-Bornemann diese ihre Zeit als erfüllt angesehen: einerseits, um zu retten, was von der Demokratischen Partei noch zu retten ist, andererseits, **um zu gewinnen**, was für die Mahraungruppe heute zu gewinnen ist. **Der Vorteil dieser Verbindung** liegt augenscheinlich auf seiten ihres **demokratischen Teils**, während es sehr zweifelhaft bleiben muß, ob die Ordensbrüder Mahrauns in ihrer Gesamtheit bereit sein werden, ihrem Führer nun auch noch auf diesem Wege einer einseitigen Anlehnung an demokratische Kreise zu folgen.

In der den Demokraten nahestehenden Presse wird damit gerechnet, daß die Deutsche Staatspartei „etwa in der Stärke der alten Demokratischen Partei" — das wäre also mit etwa 25 Mandaten — in den Reichstag einziehen könne. Diese Schätzung wird manchem als viel zu hoch gegriffen erscheinen. Wichtig aber ist sie als Beweis dafür, daß von der Möglichkeit einer Zusammenfassung der politischen Kräfte der Mitte auf irgendwie **breiterer Basis** ernsthaft selbst nach dem Urteil der Demokraten **keine Rede** sein kann.

Die neue Partei ist politisch also durchaus anders zu werten als etwa die Neugründung der **Konservativen Partei**, die organisch geworden ist und eine notwendige Funktion innerhalb der gesamtdeutschen Innenpolitik ausüben wird. Immerhin heben sich **die politischen Fronten** dieses Wahlkampfes immer **deutlicher** gegeneinander ab. Damit wird auch die öffentliche Frage nach dem **künftigen Wege der Deutschen Volkspartei** immer brennender.

Es ist nicht zu erwarten, daß die neue Partei Dietrich-Mahraun aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei Zuzug erfährt. Nicht nur die Altpartei sondern auch die **Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler** verhält sich dieser Neugründung gegenüber durchaus ablehnend. Die wenigen Einzelpersonen unter den Gründern der Staatspartei, die in der Presse vielfach als der DVP. nahestehend bezeichnet worden sind, spielen in der jüngeren Bewegung der Deutschen Volkspartei keine Rolle; sie sind Einzelgänger, die von der Deutschen Volkspartei nichts und auch sonst sehr wenig hinter sich haben. Das geschlossene volksparteiliche Wollen richtet sich auf **ganz andere** Ziele als die es sind, die jetzt von Dietrich und Mahraun mit der Gründung ihrer neuen Partei verwirklicht **wurden**. Mit den Aelteren erkennen besonders auch die **jüngeren** Kräfte der Deutschen Volkspartei ihre große Gegenwartsaufgabe darin, dem **marxistischen Block** auf der einen und dem **Hitler-Hugenberg-Block** auf der anderen Seite **eine breite, in sich differenzierte und dennoch geschlossene nationale Front entgegenzustellen.**

Diese Front ist in der Hindenburgregierung des gegenwärtigen Kabinetts bezw. der bisherigen Regierungsparteien de facto schon vorhanden. Es wäre utopisch, glauben zu wollen, daß diese Front in diesem Wahlkampf durch eine Auflösung sämtlicher ihr angehörender Parteien und durch deren Aufgaben in eine neue, übergroße Sammelpartei nach außen hin versinnbildlicht werden könnte. Ausschlaggebend ist hier allein, daß das **gemeinsame Ziel** opferwilliger Erfüllung der Staatsnotwendigkeit und entschiedenen Kampfes gegen den Radikalismus aller Art klar erkannt wird und daß man damit schon an dem **Anfang des Weges** stehe, der gemeinsam gegangen werden muß. Es müßte auch heute noch möglich sein, die gegenwärtige politische Gemeinsamkeit aller Parteien und Gruppen dieses nationalen Blocks durch eine **allgemeine Listenverbindung** wirksam zu machen. In jedem Falle wird der Wahlkampf von den Parteien dieses nationalen Blocks **im Geiste dieser Gemeinsamkeit** der Gegenwartsaufgaben und der letzten Ziele zu führen sein. Ob und in welcher Weise **organisatorische** Zusammenschlüsse innerhalb dieser breiten Front möglich sein werden, ist eine Frage der weiteren Entwicklung, die nur gefährdet werden würde, wenn man die Dinge jetzt überstürzen wollte. Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler sieht es als ihre besondere Aufgabe an, die Kräfte der Altpartei **einheitlich auf diese Linie** zu bringen. Allem Anschein nach wird das gelingen. Dann dürfte die Gewähr dafür geboten sein, daß die künftigen Gruppierungen sich um die Deutsche Volkspartei als den Kern der neuen großen Front gestalten werden. Eine solche, über die Gegenwartsaufgaben in die Zukunft reichende Mission wird von den Jungen wie den Alten der Deutschen Volkspartei in Stadt und Land freudig bejaht werden, und diese Mission wird ihr auch in dem gegenwärtigen schweren Wahlkampf die innere Kraft und damit die Anziehungskraft nach außen verleihen, die sie braucht, um das hohe **Erbe Stresemanns** auch in der deutschen Innenpolitik getreulich verwalten zu können.

Die Verhandlungen über die bürgerliche Einigung.

Gemeinsamer Wahlaufruf der Mittelparteien.

Berlin, 2. August.

Der Verlauf der Verhandlungen, die gestern abend im Reichstag zwischen den vier Parteien der Mitte stattgefunden haben, die nach dem Ausscheiden der Staatspartei für die Sammlungsbestrebung übrig geblieben sind, wird in den beteiligten Kreisen außerordentlich optimistisch beurteilt. Das kommt in der Protokollnotiz zum Ausdruck, die die Teilnehmer unterzeichnet haben. Man hat Dispositionen für den gemeinsamen Wahlaufruf beraten und sich im Prinzip soweit geeinigt, daß ein Redaktionsausschuß eingesetzt werden konnte, der wahrscheinlich bis Montag den Entwurf des Aufrufs vorlegen wird. Allerdings werden die Verhandlungen erst etwa am 8. oder 9. August abgeschlossen werden, da eine Reihe von Persönlichkeiten, denen der Aufruf noch vorgelegt werden muß, kurz vor dem Verfassungstag zurückerwartet wird.

Das Kernstück des Aufrufs wird der Hinweis auf das spätere fraktionelle Zusammengehen der beteiligten Parteien sein. Man verspricht sich davon auch eine starke Wirkung auf die Wähler, für die es bei der allgemeinen Parteizersplitterung im bürgerlichen Lager schwer ist, sich für die eine oder die andere Partei zu entscheiden. Die optimistische Beurteilung hört man nicht nur aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei, sondern auch allgemein bei den übrigen Parteien, die an den Verhandlungen beteiligt sind.

*

Minister Schiele für Sammlung des Landvolks und große Rechte.

vdz. Berlin. Der **Reichsernährungsminister Dr. Schiele** gewährte einem Mitarbeiter des Allgemeinen Zeitungsdienstes für Stadt und Land eine Unterredung, in der er **das durch eine gemeinsame Reichsliste zum Ausdruck kommende Bündnis zwischen der Landvolk Partei und der Konservativen Volkspartei als eine staatspolitische Notwendigkeit erklärte.** Erst dieser Schritt ermögliche die Sammlung des Landvolks auf breitester Basis. Die Einigung auf die gemeinsame Reichsliste sei auch ein bewußtes Bekenntnis der Landvolk-Partei zur Sammlung der staatspolitischen Kräfte in der Hindenburg-Front. Die Sammlung der breitesten Kräfte des Landvolks in der berufsständischen Partei sei keineswegs von dem Gedanken bestimmt, eine einzige Partei zum Träger der Agrarpolitik im Reichstage zu machen. Das Landvolk wolle sich nicht politisch isolieren, zumal die Notwendigkeit, mindestens 250 Stimmen für die Sache des Landvolks im Reichstage aufzubringen, es zur selbstverständlichen Pflicht mache, loyale Waffenbrüderschaft mit denjenigen Parteien und Wirtschaftskreisen zu halten, deren Eintreten für die Belange des Landvolks wir die bisherigen agrarpolitischen Fortschritte zu verdanken haben und mit deren Hilfe allein die bereits getroffenen Maßnahmen für die Zukunft gesichert und gefördert werden können. Zu den Plänen eines Zusammenschlusses auf der Rechten erklärte Minister Schiele, daß man nur auf diese Weise zu einer festen und zielbewußten politischen Führung gelangen könne. Nicht durch destruktive Negation, sondern nur durch stärkste Einwirkung der politischen Kräfte der Rechten auf die Staatsführung sei der Wiederaufbau des deutschen Volks- und Wirtschaftslebens auf der Grundlage einer lebensstarken Landwirtschaft zu erreichen.

*

Staatspartei lehnt Fraktionsbindung mit alten Parteien ab.

vdz. Berlin. Zu der am Donnerstag gescheiterten Absicht, zwischen den Parteien der bürgerlichen Mitte schon jetzt eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden, schreibt der **„Jungdeutsche"**: Die **Deutsche Staatspartei will etwas völlig neues.** Sie stellt den Durchbruch des Gestaltungswillens der jungen Generation dar, und sie ist auch in denjenigen Teilen, die von der alten Demokratischen Partei herkommen, und die aus dem deutschnationalen Lager und aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei stammen, etwas völlig anderes in Haltung und Charakter, so daß eine solche Bindung für die Deutsche Staatspartei nicht in Frage kam. Die Staatspartei würde von vornherein ihren Charakter fälschen, wenn sie sich in die alte unaufrichtige und nur mit taktischen **Momenten** arbeitende Politik der **alten Parteien** begäbe.

*

Wahlaufruf der Volksrechtpartei.

* Leipzig. Die **Volksrechtpartei** veröffentlicht **einen Wahlaufruf**, in dem es u. a. heißt: Der Kampf der Bürgerlichen gegen die Volksrechtpartei hat aufgehört, denn viele Bürger von heute fühlen, daß sie morgen in den Reihen der besitzlos gemachten Sparer und Rentner stehen können. Die Volksrechtpartei ist frei und unabhängig von der Geschäftspolitik des internationalen Finanz- und Trustkapitals. Sie ruft auf zum Freiheitskampf gegen die Unterjochung durch die goldene Internationale, insbesondere zum Kampf gegen den Young-Plan. Sie bekämpft **den roten Internationalismus**, der den Aufstieg des **Volkes** hemmt, um das rote Parteiziel zu erreichen. **Der Kampf um die Volksrechte umschließt die Herausgabe des weggenommenen Eigentums an die Geschädigten, ein soziales Mietsrecht, die Gewährleistung existenzsicherer Löhne und Arbeitsbedingungen** für die Arbeitnehmerschaft. Der Kampf gegen die Parlamentsmißwirtschaft muß zu einer Volksvertretung führen, die ehrenamtlich tätig ist und in ernster zielbewußter und energischer Arbeit der Not der Zeit steuert.

Die Niederbrennung Tschangschas. Umsichgreifen des kommunistischen Aufstandes.

)(Hankau. (Reuter.) **Die Einnahme von Tschangscha** durch die Kommunisten am vorigen Sonntag kam **völlig überraschend**, da erst am Sonnabend mittag bekannt wurde, daß eine starke Kolonne Kommunisten im Anmarsch sei. **Die Regierungstruppen sollen den Kommunisten Vorräte** an Gewehren und Munition ausgeliefert haben. Die auf den Schiffen in Sicherheit gebrachten Ausländer beobachteten am Montag abend zahlreiche Brände, die sich während der Nacht und während des Dienstag immer mehr ausbreiteten, bis die ganze Stadt in Flammen stand.

Es wird gemeldet, daß das kommunistische Hauptquartier in Schanghai einen allgemeinen Aufstand der Kommunisten in Hupeh, Hunan und Kiangsi angeordnet habe, **um heute Hankau nehmen zu können.** Die Eisenbahnlinie Peking—Hankau ist 30 bis 40 Kilometer nördlich von Hankau von den Kommunisten zerstört worden. In Zentralchina sollen 60 000 Kommunisten stehen, die über 45 000 Gewehre, eine Anzahl Feldgeschütze, Flugzeuge und drahtlose Stationen verfügten. In Schanghai sind, wie es heißt, seit einiger Zeit mehrere hervorragende Sowjetagenten eingetroffen.

*

Tschangtscha wiedererobert.

* Berlin. Wie aus Nanking gemeldet wird, hat das Marineministerium amtlich bekanntgegeben, daß es einen Funkspruch des **chinesischen Kanonenbootes „Yungtschong"** erhalten habe, **wonach** dieses nach einer Beschießung der Stellungen der roten Truppen **Tschangtscha am Freitag wiedererobert habe.**

Schließung von Spinnereien in Bombay.

)(Bombay. **Sechs Spinnereien**, die insgesamt 13 000 Arbeiter **beschäftigen, haben geschlossen. Weitere sechs Spinnereien werden am 1. September schließen.**

SLUB Wir führen Wissen.